Nr. 4. Berlin, den 23. Februar 1907. 13. Jahrgang.

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreigespaltene Petitzeile 20 Pfennige, Todes- und Versammlungsanzeigen die Zeile 10 Pfg. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter obigem Titel im Post-Zeitungsregister.

Inhalt: Mitteilungen des Verbandsvorstandes. — Zur Tarifeinführung. — Die „Ungelernten". — Die Geschichte der Religion (Feuilleton, 2. Forts.). — Korrespondenzen (Bremen, Burgstädt, Crimmitschau, Nürnberg). — Rundschau. — Literatur. — Briefkasten. — Anzeigen.

Mitteilungen des Verbandsvorstandes.

Berlin. Die Firma Haasenstein & Vogler (jetzt Beyer & Böhme), Berlin, Wasserthorstr. 50, ist für Verbandsmitglieder gesperrt. Zuzug ist streng fernzuhalten.

Die „Allgemeinen Bestimmungen" nebst Ergänzungen (siehe vorige Nummer der „Sol.") werden in Druck gelegt und sind in Heftform bei der Geschäftsstelle des Deutschen Buchdruckervereins in Leipzig, Deutsches Buchgewerbehaus, Dolzstr. 1, sowie durch die Verbandsvorsitzende Frau Paula Thiede, Berlin NO., Elbingerstr. 19, v. II, für Interessenten erhältlich.

Stettin. Kassierer Carl Grohnke, Philippstr. 12, H. r. 3 Tr.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: Paula Thiede, Vorsitzende.

Zur Tarifeinführung.

In unserer vorigen Nummer haben wir im Anschluß an die „Allgemeinen Bestimmungen" die Gruppeneinteilung, sowie die Geschäftsordnungen für die Schiedsgerichte und die Arbeitsnachweise veröffentlicht. Bevor wir nun in eine Besprechung dieser, die §§ 1, 10 und 11 ergänzenden Abmachungen eintreten, ist es notwendig, auf einige Verschiedenheiten zwischen der ersten, in Nr. 26 v. Jahrg. der „Solidarität" veröffentlichten Fassung und der jetzt vorliegenden zurückzukommen. Beidemale diente uns als Unterlage die von der Prinzipalsorganisation in Heftform herausgegebene und von uns als „amtlich" angesehene Fassung der „Allgemeinen Bestimmungen". Wir konnten nun mit Recht erwarten, daß gegen eine solche, unserer Meinung nach unberechtigte Einfügung neuer Bestimmungen, von maßgebender Seite Protest eingelegt wird; umsomehr, da es sich nur um Verschlechterungen des Arbeitsverhältnisses handelt. Da dies bis jetzt unterblieb, müssen wir an dieser Stelle gegen die Verstümmelung des § 2 protestieren. Es heißt da in einem neuen Absatz:

„Zu den Obliegenheiten der Saalarbeiter gehören neben den vorstehend bezeichneten Arbeiten alle im Betriebe einer Buchdruckerei vorkommenden Handleistungen und Arbeiten, auch die Saalreinigung."

Ferner im nächsten Absatz:

„Der Anleger hat auf Erfordern auch die Arbeiten des Saalarbeiters zu verrichten."

Daß diese Punkte bei den Leipziger Verhandlungen nicht beschlossen wurden, geht daraus hervor, daß sowohl die dort vorgelegte Prinzipalsvorlage als auch das Beschlußprotokoll kein Wort davon enthält. Vielmehr wurde auf Antrag der Hilfsarbeitervertreter ein Passus, der Bezug auf das Reinigen von „Maschinenräumen, deren Zugänge und Zubehör" nahm, gestrichen. Es geht nun nicht an, daß jetzt nachdem die Verhandlungen abgeschlossen sind, von einer der beiden Parteien willkürliche Aenderungen vorgenommen werden. Wir glauben sehr gerne, daß die nun einmal notwendige Arbeitsteilung manchem Prinzipal ein Dorn im Auge ist, aber wenn auf diese Weise fortgefahren wird, immer mehr Verschlechterungen für uns in den Tarif einzuschmuggeln, dann könnten wir es ja ebenfalls versuchen, auf demselben Weg so manche bittere Pille schmackhafter zu gestalten —, was dann aus der Tarifgemeinschaft werden soll, wissen wir noch nicht. Jedenfalls erwarten wir, daß von entsprechender Seite Aufklärung gegeben wird und derartige Abänderungen in Hinkunft nur mit Zustimmung beider Parteien vorgenommen werden.

Die vorgenommene Gruppierung der einzelnen Branchen kann mit Befriedigung aufgenommen werden, da sie nicht allein als Grundlage für die örtlichen Lohnverträge aufzufassen ist, sondern eine, namentlich in größeren Betrieben erforderliche Abgrenzung der Hilfsarbeiterarbeiten gewährleistet. Das Fehlen der Gruppe „Apparatarbeiter" und deren Einfügen unter den Sammelnamen „Saalarbeiter" dürfte Befremden erregen. Wir glauben aber, daß bei den Verhandlungen über die Lohnsätze, eine Spezialisierung des Begriffes „Saalarbeiter" sich von selbst ergibt. Bei dieser Gelegenheit können wir nicht unerwähnt lassen, daß es einige Firmen, namentlich in Berlin versuchen, noch kurz vor dem Inkrafttreten des Tarifes an den bisher bestehenden Arbeitsverhältnissen zu rütteln und Aenderungen in der Besetzung der Anlegeapparate vorzunehmen. Daß diese Aenderungen nicht zu unseren Gunsten geplant sind, ist am Ende verständlich; jedoch müssen wir darauf aufmerksam machen, daß von unserer Seite sofort, nachdem die Tarifverhandlungen angebahnt waren, sämtliche Lohnbewegungen und sonstige Aktionen gegen die Unternehmer eingestellt wurden. Wir können daher verlangen, daß die Prinzipalsorganisation dieselbe Parole ausgibt, und mit Nachdruck dahin wirkt, daß Angriffe auf unsere Positionen unterbleiben. Im anderen Falle würden wir gezwungen sein, zu Abwehrmaßnahmen zu greifen, die das geplante „Friedens"werk nur in Frage stellen könnten. Es soll hierbei nicht in Abrede gestellt werden, daß die Apparatfrage für beide Teile eine brennende geworden ist, jedoch wird ihre Lösung noch soviel Aufschub vertragen, um bei den örtlichen Verhandlungen generell vorgenommen zu werden.

Ueber die Geschäftsordnung für die Schiedsgerichte ein Urteil zu fällen, müssen wir der Praxis überlassen, da wir Erfahrung darin erst in Zukunft schöpfen können. Weit wichtiger sind uns im Augenblick die Bestimmungen, welche die Funktionen der Arbeitsnachweise regulieren sollen. Hier kann konstatiert werden, daß es unseren Vertretern voll und ganz gelungen ist, den bedenklichsten Punkt unseres Vertrages, den § 11, für unsere Interessen brauchbar zu machen. Die Ausschaltung aller anderen als der paritätischen Nachweise gibt uns die Gewähr, daß wir es in der Hand haben, dem von uns angestrebten Obligatorium nahezukommen. Es muß nun mehr denn je darauf Wert gelegt werden, das Umfragen unserer Mitglieder nach Arbeitsgelegenheit statutarisch zu verbieten. Nur dadurch ist es möglich, aus der wenig sagenden „Regel", der die Prinzipale zustimmten, eine ausschließliche Inanspruchnahme der paritätischen Nachweise herbeizuführen. Daß nur an solche Firmen vermittelt werden darf, die den deutschen Buchdruckertarif anerkannt haben, ist ebenfalls für uns von Vorteil, da es Unternehmern, die sich nicht dem Tarifgesetz der Gehilfen unterwerfen wollen, auch nicht einfallen wird, unsere tariflichen Bestimmungen anzuerkennen. Die selbstverständliche Berücksichtigung Gemaßregelter wird dazu beitragen, daß die Kollegenschaft jederzeit kraftvoll für ihre tariflichen Rechte eintreten kann, ohne befürchten zu müssen, durch lange Arbeitslosigkeit mürbe gemacht zu werden. Außerdem ist dadurch die heute bereits von den Gewerkschaften geübte Praxis, streikenden und gemaßregelten Mitgliedern zuerst Arbeitgelegenheit zu verschaffen, durch die Parität anerkannt. Im übrigen sind die Vorschriften für die Verwaltung der Nachweise so klar gehalten, daß es bei deren Benutzung sowohl den Prinzipalen als auch dem Hilfspersonal ein leichtes sein wird, igendwelche Verstöße zu vermeiden.

Mit der Schaffung dieser Geschäftsordnungen ist die vorletzte Etappe zurückgelegt auf unserem wahrlich nicht leichten Wege zum vollständigen Tarifabschluß. Die letzte und schwerste Arbeit besteht nunmehr in der Festlegung der Lohntarife in den meisten unserer Druckorte. Von der Beurteilung der bisherigen Situation, die ja prinzipalsseitig so oft als „unhaltbar" bezeichnet wurde, wird es abhängen, ob der letzte Schritt für beide Teile Erfolge zeitigen soll und die bisherige Arbeit nicht umsonst geleistet wurde.

Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß wir eine viel regere Diskussion unter der Kollegenschaft über diese Frage erwartet haben. Anstatt die Spalten des Verbandsorgans zu benützen, um sich über die kommende Gestaltung unserer beruflichen Interessen zu äußern, Anregungen zu geben und zu empfangen, werden wir mit Betrachtungen über die letzten Reichstagswahlen und ähnlichen nicht in unseren Rahmen gehörenden Artikeln bombardiert. Wenn wir auch einig sind darüber, daß wir die politische Aufklärungsarbeit keinen Augenblick vernachlässigen dürfen, so gilt dies umgekehrt aber auch von unseren gewerkschaftlichen Interessen, denen die „Solidarität" in erster Linie zu dienen hat. Nur wenn jeder auf dem Posten, zu welchem er berufen ist, seine volle Schuldigkeit tut, werden wir zu unserem gemeinschaftlichen Ziele gelangen.

Die „Ungelernten".

Die Gründung eines graphischen Industrieverbandes der Arbeitnehmer wurde, wie eine der letzten Nummern der „Solidarität" uns zur Kenntnis bringt, von dem „Photographischen Mitarbeiter" angeregt. Und der Vorschlag, soweit er die Vereinigung, die immer weiter um sich greifende Zentralisation der Arbeiterverbände betrifft, ist unzweifelhaft gut zu nennen; denn von Tag zu Tag werden wir es mehr gewahr, daß unsere Organisationen oft nicht mehr stark genug sind, um gegen die, durch kapitalistische Interessen verbrüderten Unternehmer, ihre Rechte wahrzunehmen. Doch kann man sich trotzdem beim Lesen des Artikels einer pessimistischen Anwandlung nicht erwehren, und die Befürchtung des Verfassers, daß man sein Projekt „Zukunftsmusik nennen wird", trifft zu. Den Grund dafür gibt der Verfasser selbst an, indem er schreibt: „Die größeren Verbände werden sagen, warum sollen wir mittun, wir erreichen, was wir wollen." Daß ein kleiner Teil der Berufs-

angehörigen unter Mißständen zu leiden hat, die von der Organisation eines andern Berufes noch nicht beseitigt werden konnten, tut dem großen Gedanken einer großen gesicherten Organisation keinen Abbruch; denn leider muß man die Beobachtung machen, daß Egoismus und Selbstzufriedenheit unter manchen Organisationen ihren Einzug gehalten und das Solidaritätsgefühl, wenn auch nicht gerade verdrängt, so doch stark heruntergedrückt haben. Sollen nun unter solchen Erscheinungen die Angehörigen einer kleinen Organisation sich vielleicht mit großen Hoffnungen tragen, deren Erfüllung von einer eventuellen Vereinigung mit größeren Berufsverbänden abhängig ist, und wie würde eine solche Vereinigung aussehen? Nach Lage der Sache haben wir keine Ursache, uns diesen „Anschluß" besonders freudevoll zu denken.

Zu dem Vorschlag, alle im graphischen Gewerbe tätigen Hilfsarbeiter in einem graphischen Hilfsarbeiterverband zu vereinigen, ließe sich wohl eher befürwortende Stellung einehmen; denn von einer Verschmelzung von Verbänden kann dabei nicht die Rede sein. Der einzig zustehende Verband ist der für Buch- und Steindruckhilfsarbeiter; es könnte sich nur darum handeln, daß die in anderen Verbänden organisierten graphischen Hilfsarbeiter von ihrer Organisationsleitung dazu bewogen werden, zu unserem Verbande überzutreten. In unseren Reihen ist früher auch häufig der Wunsch aufgetaucht, eine Vereinigung des Hilfsarbeiterverbandes mit den Verbänden der gelernten Berufsgenossen anzustreben. Freilich war das noch zu einer Zeit, als die gelernten Arbeiter es noch nicht für unter ihrer Würde hielten, sich auf Kosten der ungelernten Arbeiter neue Positionen zu schaffen, die bisher das eigenste Gebiet des Hilfsarbeiters waren. Die letzte Zeit hat uns aber Erfahrungen gebracht, die uns wirklich nicht veranlassen können, den Wunsch, mit unsern gelernten Mitarbeitern in einer Organisation vereinigt zu sein, aufrecht zu erhalten. Dagegen lösen sich, bei Häufung solcher Erfahrungen, in dem ungelernten Arbeiter Gedanken und Ideen aus, die ihm selbst vielleicht im Augenblick der Erscheinung sonderbar oder gar grotesk vorkommen mögen, und erst, wenn er sich mit diesen Ideen vertraut gemacht hat und tiefer darüber nachdenkt, wird er einsehen, daß deren Richtigkeit garnicht anzuzweifeln ist. — Mit dem graphischen Hilfspersonal sind es eine große Anzahl ungelernter Arbeiter, die getrennt von ihren gelernten Berufsgenossen organisiert sind, aber wiederum findet man einen großen Teil von Berufsverbänden, die gelerntes und ungelerntes Personal in sich vereinigen. Da entsteht die Frage: Welche Art der Organisation ist für die ungelernten Arbeiter die zweckmäßigste? Und zur Beschämung der gelernten Arbeiter muß man die Frage dahin beantworten: Die ungelernten Arbeiter müssen sich allein organisieren, wenn sie Forderungen, betreffend die Verbesserung ihrer Lebenslage, durchführen wollen. — Der Grund davon ist der Kastengeist, der sich leider noch aus der mittelalterlichen Zunftzeit in die heutige „moderne" hinübergerettet hat. Dieser Kastengeist strebt nun danach, einen möglichst großen, weitschichtigen Unterschied zwischen gelernten und ungelernten Arbeitern herzustellen und zwar, wie die Erfahrung lehrt, läßt er es nicht genug sein daran, daß dem ungelernten Arbeiter die schmutzigere, unangenehmere, meist auch schwerere Arbeit überwiesen wird; nein — es soll auch noch in der Lohnfrage der gelernte vom ungelernten Arbeiter zu unterscheiden sein. Dieser Unterschied mag von dem Standpunkt aus, daß der gelernte Arbeiter 3—5 Jahre Lehrzeit durchgemacht und demzufolge mehr Kosten für seine Ausbildung aufgewendet hat, berechtigt erscheinen; aber auch nur *erscheinen*! Denn die Familie des ungelernten Arbeiters stellt doch schließlich dieselben Ansprüche, wie die des gelernten. Aber auf jeden Fall liegt es in seinem Interesse, daß das mit ihm zusammen arbeitende Hilfspersonal möglichst gut entlohnt wird, denn je näher der Lohn des letzteren an den des gelernten Arbeiters heranreicht, umso weniger hat er Ursache, nach Arbeit und Stellung des besserbezahlten Arbeiters die Hand auszustrecken, um zum Lohndrücker oder eventuell gar Streikbrecher zu werden. — Ja — werden die gelernten Arbeiter sagen: Was wollt Ihr denn, sollen wir für unsere 3—5-jährige Lehrzeit nichts voraus haben vor Euch? — Gemach, Ihr Herren! Ihr habt z. B. auch außer der Entlohnung noch etwas voraus; dafür nämlich, daß Ihr dem Unternehmer Eure Arbeitskraft jahrelang umsonst überlassen habt, dürft Ihr immerhin etwas wählerischer in Eurer Arbeit sein. Ihr braucht, wie schon oben angeführt, Euch nicht mit der schmutzigsten und schwersten Arbeit befassen, sondern Ihr bekommt dazu Hilfskräfte, die, weil sie von Anfang an Bezahlung ihrer Arbeit verlangten, sich die Arbeit nicht auswählen dürfen, sondern sie nehmen müssen, wie sie kommt. Man sieht aber, daß gerade in den gemeinschaftlichen Organisationen das Hilfspersonal meist wie das fünfte Rad am Wagen betrachtet wird und Vorteile, welche dem Unternehmer abgerungen werden, erstrecken sich in der Hauptsache nur auf die gelernten Berufsgenossen; für die Ungelernten fällt in der Regel recht wenig ab, wenn sie nicht überhaupt leer ausgehen. Dagegen sind dort, wo sie sich getrennt organisiert haben, die Hilfsarbeiter viel eher imstande, Vorteile für sich zu erringen, weil während einer Bewegung eben nur *ihre* Forderungen berücksichtigt und mit aller Kraft verfochten werden, und häufig gelingt es ihnen kraft ihrer Organisation ohne Hilfe der gelernten Mitarbeiter; wo das aber nicht der Fall ist, da dürfen sie doch ohne weiteres die Hilfe des gelernten Mitarbeiters in Anspruch nehmen? Man sollte es meinen, denn die gegenseitige Solidarität ist ja doch der Grund, auf dem die Arbeiterorganisationen aufgebaut sind und doch lehrt die Praxis, daß es nicht so selbstverständlich ist, wie es aussieht; denn wenn sich statt bedingsloser Solidarität Eifersüchteleien zwischen beiden Berufsgruppen einstellen, dann kommt es im Laufe der Zeit zu Reibungen, welche manchmal die eine, oft aber auch beide Organisationen schädigen und der Unternehmer ist bei solchen Streitereien der lachende Dritte.

Unglaublich erscheint ein Fall, der sich vor kurzem abgespielt hat. Das Hilfspersonal einer bekannten Berliner Firma trat zur Verhütung von Verschlechterungen in einen Abwehrstreik ein und kurze Zeit darauf legte auch das gelernte Personal die Arbeit nieder. Die Hilfsarbeiter waren nun natürlich der Meinung, daß dies aus Solidarität geschehen sei —; doch sie wurden grausam ihrer Illusion entrissen. Denn von seiten des Vorstandes aus wurden die Mitglieder in Schutz genommen gegen die Zumutung, daß sie aus Solidarität so gehandelt hätten, nein, nur weil sie selbst gegen den Obermeister Klage hatten, darum haben sie die Arbeit niedergelegt.

Kann nach solchen Vorkommnissen noch irgend welches Vertrauen zu den gelernten Mitarbeitern, resp. deren Verband bei den Ungelernten vorhanden sein? — Weil man nicht gewöhnt ist, daß moderne Arbeiterorganisationen nach rückwärts greifen, daß klassenbewußte Arbeiter dem Zeitgeist entgegentreten wollen, darum kommt einem das schier Ungeheuerliche so ganz und gar unbegreiflich vor. Die technische Entwicklung drängt alles vorwärts und da kommt eine Truppe, eine Vorhut der Arbeiterschaft plötzlich zurück und greift nach den Stützen, die ihr Nachschub schon längst ergriffen

Die Geschichte der Religion.

(2. Fortsetzung.)

Die Macht der Priester und der Religion beruht auf der Phantasie, welche in der Kinderperiode der Menschheit, die Götter schuf. Die Spekulation der Priester bildete diesen traditionellen Glauben zu einem komplizierten System aus, welches aus Täuschung und Erdichtung zusammengesetzt und von vornherein auf Einbildung erbaut war.

Jemehr sich nun in den Menschen die Vernunft entwickelte, jemehr sie nachdachten und beobachteten, desto häufiger mußten sie wahrnehmen, daß die von Priestern als Wahrheit ausgegebenen Dinge gerade das Gegenteil waren, was natürlich auch Mißtrauen gegen andere Behauptungen erzeugte, auf welche die Priesterschaft aufgebaut war. Jeder Schritt, den die Wissenschaft vorwärts tat, trat einer Priesterlüge auf den Kopf.

Es war demnach eine Lebensfrage für das Ansehen der Priester und der Religion, die Entwickelung der Vernunft zu hemmen und die Verbreitung der Wissenschaft zu verhindern, was zunächst nur durch die despotische Macht geschehen konnte. Es kam aber vielfach zwischen Priestern und Fürsten zu Konflikten, darum waren die ersteren darauf bedacht, für ihre Macht eine noch festere Grundlage zu schaffen. Das Mittel, das sie dabei anwendeten, war ebenso praktisch, als für die geistige Entwickelung schädlich. Der menschliche Geist mußte der Aufklärung soviel wie möglich unzugänglich gemacht und von Kindheit an in eine Form gezwängt werden, damit er sich in der gewünschten Weise entwickle. Zu diesem Zwecke bemächtigten sie sich der Jugenderziehung. Das genügte aber den Priestern noch nicht. Dieses Lehrverhältnis mußte über das ganze Leben beibehalten und die Herrschaft der Priester über den Menschen in solcher Weise ausgebreitet werden, daß derselbe von der Wiege bis zum Grabe keinen Gedanken denken konnte, von den die Priester nicht Kenntnis hatten. Zu diesem Zwecke pflanzte man in den Menschen die Furcht vor schrecklichen Strafen, die nur allein in dem Gehirn der Priester ihren Ursprung hatten.

Der Glaube war der Hauptpfeiler des ganzen, von den Priestern erbauten Religionsgebäudes und da mit seiner Zerstörung dasselbe durchaus stürzen mußte, so war es die Hauptsorge aller Priester, den Glauben als das Heiligste und Unantastbarste hinzustellen und schon den blassen Zweifel daran, als das größte Verbrechen darzustellen, welches die Götter als das schrecklichste bestraften.

Dieser Gedanke, welcher jahrtausendelang von Priestern aller Religionen den Kindern eingeprägt wird und sich von Generation zu Generation fortererbt, behauptet sich unter den Menschen heute noch mit solcher Gewalt, daß, nachdem die Vernunft und die trotz aller Hemmnisse fortschreitende Wissenschaft das Widersinnige dieser religiösen Lehre klargelegt hat, es kaum Nichtgläubige wagen dürfen zu sagen: „ich glaube nicht an Gott", ohne unter Millionen Entsetzen zu erregen, was doch nichts anderes bedeutet, als ich, ein Kind des 20. Jahrhunderts, habe die Abgeschmacktheit aller auf den Glauben begründeten Religionen erkannt. Es ist leider heute noch der Fall, daß die Religion als Stütze der Despotie benutzt wird; denn selbst die als aufgeklärt geltenden Staaten gehen immer noch von der Idee aus, daß die Furcht vor dem unsichtbaren Gotte und seinen Strafen imstande sei, die Achtung vor dem Gesetz und den Fürsten zu erhalten. Deshalb wird die Jugenderziehung vom Staate aufs strengste überwacht und der Kontrolle der Pfaffen und Priester überlassen, damit diese die Kinderseelen mit dem Glauben vergiften, der zur Erhaltung der Religion besonders notwendig ist, darum ist der Grund der Religionspflege von seiten des Staates eine mehr oder weniger bewußte Maßregel despotischer Gelüste oder Tendenzen.

Ich will mich nun etwas näher mit dem Christentum befassen, was bekanntlich mit der Geburt Christi seinen Anfang nimmt und nach der wir unsere Zeitrechnung haben. Zur Zeit, als Augustus sich zum römischen Kaiser gemacht hatte, befand sich die ganze damals bekannte Welt unter dem Joche der Römerherrschaft. Geldgierige und gewalttätige Stadthalter des Kaisers sogen die Länder des Orients aus und Leben, Freiheit und Eigentum der Menschen war ihnen preisgegeben; darum seufzte der unterdrückte Orient nach Erlösung. Die unterdrückten Völker hofften auf einen Helden, der sie aus dieser Knechtschaft befreien würde, unter welchem sie sich eine Art von Garibaldi oder Washington vorstellten. An diese Hoffnung klammerten sich die Menschen jener Zeit um so mehr, als ihnen sonst keine Hoffnung übrig blieb, aus diesem Elend befreit zu werden, selbst auf die Götter setzten sie keine Hoffnung, da dieselben ihren Kredit beim Volke schon längst verloren hatten und der Glaube an ihre Hilfe und unparteiische Gerechtigkeit niemals sehr groß gewesen war.

Die Hoffnung auf den Messias war unter den Juden noch lebhafter und ungeduldiger, da ihnen die Römerherrschaft verhaßter war als allen anderen Völkern. Sie hatten eine Vergangenheit, auf die sie mit Stolz zurückblickten; denn sie glaubten, daß sie das auserwählte Volk Jehovas seien, welcher als ihr unsichtbarer König galt und mit ihnen seit Moses durch die Propheten verkehrte. Die Herrschaft der Römer betrachteten sie als eine Strafe Jehovas für ihren Ungehorsam und da dieselbe schon lange dauerte und hart empfunden wurde, hofften sie sehnlichst den Augenblick herbei, wo der Erlöser erscheinen möge.

hat. Ehemals ging die Vorhut geringschätzend darüber hinweg, sie brauchte sie nicht, sie konnte ohne diese Stützen vorwärts schreiten —, der Nachschub, das Hilfspersonal, betrachtete sich diese Stützen genauer und fand, daß sie gut waren und benutzte dieselben und sie halfen dem Nachschub nicht unwesentlich, nun fester, gewuchtiger, massiger auftreten zu können, als es vorher der Fall war. Durch geschickte Benutzung dieser Stützen war es dem Hilfspersonal möglich, für sich Verbesserungen in Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erreichen und nun bemerkt die Vorhut plötzlich, daß da hinter ihr etwas gewachsen, groß und stark geworden ist, und da fällt sie Neid an darüber, daß Andere, Geringwertigere mit den von ihnen verachteten Stützen in die Höhe gekommen sind und sie besinnen sich, daß doch eigentlich sie zuerst die Stützen gesehen haben und nicht bedenkend, daß sie sich des Eigentumsrechtes daran schon vor Jahren begeben haben, kommen sie zurück und wollen sie denen fortnehmen, die sich durch jahrelangen Gebrauch ein Recht darauf erworben haben. Wie eigenwillige Kinder, die ein Spielzeug unbeachtet gelassen haben, so lange es ihnen gehörte, aber es nun dem neuen Eigentümer fortreißen wollen, weil dieser den Wert erkannte und es benutzte. Da nun der Hilfsarbeiter nicht ohne weiteres auf diese Stützen, genannt Tiegeldruck- und Rotationsmaschine verzichtet, die Gehilfen aber auf ihrem Eigentumsschein bestehen, so kommt es naturgemäß zu Streitigkeiten und wir können nur bedauern, daß dieselben schon solch häßliche Auswüchse gezeitig haben. Nicht nur, daß sich beide Teile ganz gesondert halten — die gelernten Berufsgenossen kehren den ungelernten gegenüber sogar den Vorgesetzten heraus und lassen sie ihre erhabene Würde fühlen; selbst bei Einstellungen und Entlassungen möchten sie das entscheidende Wort sprechen. Man bedenkt das Hilfspersonal mit den geringschätzigsten Ausdrücken und dies tun Leute, denen man nach Art ihrer Stellung in der Organisation einen solchen Tiefstand ihrer Gesinnung niemals zutrauen würde. Das führt natürlich zur Erbitterung und jagt alles solidarische Gefühl, dieses A und O der Arbeiterorganisation zum Teufel.

Sollen sich diese Zustände ändern, dann müssen sich die ungelernten Arbeiter eine Organisation schaffen, die sich stark genug fühlt, nicht nur mit dem Unternehmer Kämpfe auszufechten, sondern auch soviel Kraft besitzt, den Uebergriffen gelernter Berufsgenossen einen starken Damm entgegenzusetzen. Denn wenn sie nicht von selbst die Rechte des ungelernten Mitarbeiters achten, so muß ihnen die Gleichschätzung eben abgenötigt werden. Und darum muß es die Hauptaufgabe der „Ungelernten" sein, ihre Organisation immer weiter auszubauen und vielleicht wäre es nicht unzweckmäßig, wenn die einzelnen Verbände ungelernter Arbeiter nicht nur einer, sondern aller Industrien, sich mehr aneinander anschließen und gegenseitig Fühlung nehmen würden. Ihre Stärke würde vielleicht die Organisationen der Gelernten übertreffen.

G. L.

Korrespondenzen.

Bremen. Generalversammlung am 27. Januar 1907. Die Protokolle vom 4. und 9. Dezember werden genehmigt. Koll. Buscher verliest die Abrechnung vom vierten Quartal, die von den Revisoren bestätigt wird. Dem Kassierer wird einstimmig Decharge erteilt. Koll. Diem gibt die Abrechnung vom Stiftungsfest und Koll. Löwe verliest die Billettsrestanten. Ueber eine vom zweiten Kassierer begangene Unregelmäßigkeit entspinnt sich eine erregte Debatte, nach welcher ein Antrag des Koll. Hillmann angenommen wurde, der besagt, daß die Schuldsumme in wöchentlichen Raten von 5 Mk. bis zum 1. Juli d. J. abbezahlt werden muß, widrigenfalls schärfere Maßregeln ergriffen werden. Bei der hierauf vorgenommenen Vorstandswahl wurde Kollege Schad als erster Vorsitzender und Koll. Hillmann als erster Schriftführer wieder gewählt. Neu gewählt wurden: Koll. Ad. Werner als zweiter Vorsitzender, Koll. Schwering, erster Kassierer, Koll. Löwe, zweiter Kassierer, und Kollegin Lübecke als zweite Schriftführerin. Zu Revisoren wurden die Kollegen Joh. Werner und Stehl gewählt. Die Wahl der Kartelldelegierten wird dem Vorstand überlassen. Die vom Verbandsvorstand beantragte Uebertragung der Redaktion der „Solidarität" an den Kollegen Pucher findet einstimmige Annahme. Hierauf gibt Koll. Schad einen ausführlichen Bericht über den Stand der Tarifbewegung. Die Besetzung des Arbeitsnachweises wird einer dreigliedrigen Kommission, bestehend aus den Koll. Schad, Buscher und Joh. Werner, übertragen. Ein Protest des Koll. Rosenthal gegen die Aufnahme von 3 Mitgliedern wird abgewiesen. Nachdem noch den beiden Kassierern eine vierteljährliche Remuneration von je 5 Mk. bewilligt wurde, schließt der Vorsitzende die gutbesuchte Versammlung. A. H.

Bremen. Versammlung am 12. Februar 1907. Das Protokoll der vorigen Versammlung wird genehmigt. Koll. Schad gibt bekannt, daß der Vorstand die Tarifforderungen für die einzelnen Branchen ausgearbeitet hat. Es ist zu erwähnen, daß bei der erstmaligen Einreichung unserer Forderungen dieselben von dem Geschäftsführer der Firma Schünemann als „exorbitant" hoch bezeichnet wurden und derselbe Herr erklärte, daß die Hilfsarbeiterorganisation niemals von den Bremer Prinzipalen anerkannt wird. Die Versammlung erklärte einstimmig ihr Einverständnis mit den Vorschlägen des Vorstandes. In die Lohnkommission wurden die Kolleginnen Voß, Rosenbrock, Falke und Hinrichs, sowie die Kollegen Schad und Hillmann gewählt. Der Vorsitzende gibt noch bekannt, daß die Kollegin Thiede am 1. oder 2. März in Bremen eintrifft. Es ist zu erwarten, daß bis dahin die Vorarbeiten erledigt sind und Kollegin Thiede an den Verhandlungen mit den Prinzipalen teilnehmen kann. Hierauf Schluß der Versammlung. A. H.

Burgstädt bei Chemnitz. Zur weiteren Entwicklung hatte die hiesige neugegründete Zahlstelle am 10. Februar eine öffentliche Versammlung einberufen und hierzu Buch- und Steindrucker eingeladen, welche auch teilweise erschienen. Als Referent fungierte Hermann Müller-Chemnitz, welcher über Zweck und Nutzen der Organisation sprach. In einstündiger Rede legt derselbe klar den Zweck der Organisation vor Augen und verstand es durch seine deutlichen Erläuterungen die Aufmerksamkeit aller Anwesenden auf dies interessante Thema zu lenken. Zur Diskussion meldeten sich mehrere Kollegen, sowie Steindrucker, welche in der Hauptsache den vorliegenden Tarif behandelten und vom Referenten dahin beschieden wurden, daß der Tarif vorläufig nur die Buchdruckereien betreffe. Die Kollegen sollen nur tatkräftig an das Organisieren möglichst aller Kollegen und Kolleginnen herangehen und dann diese Angelegenheit nach örtlichen Verhältnissen regeln. Nach Schluß dieser Debatte meldeten sich 2 Kolleginnen zur Aufnahme. Nachdem der Referent, sowie der Vorsitzende den Buch- und Steindruckern noch ans Herz legt, uns in unserer Organisation durch Wort und Tat zu unterstützen und somit uns fördernd zur Seite stehen zu wollen, wurde die imposante Versammlung mit einem dreimaligen Hoch auf die Organisationen geschlossen.

Crimmitschau. Versammlung vom 12. Februar. Koll. Vogel begrüßt die Erschienenen und teilt mit, daß sich zwei Mitglieder krank und eines gesund gemeldet hat. Unser früherer Kassierer Langendorf ist in den Invalidenstand übergetreten. Koll. Vogel fordert die Mitglieder auf, im Krankheitsfalle oder bei Arbeitslosigkeit dem Vorsitzenden sofort Mitteilung zu machen, weil im Unterlassungsfalle der Anspuch auf Unterstützung verloren geht. Das Protokoll der letzten Versammlung wird genehmigt. Ein Rundschreiben des Verbandsvorstandes, sowie die Gruppeneinteilung werden der nächsten Kom-

---

David und sein Sohn waren ihre größten Könige gewesen und die Propheten hatten verkündet, daß der Messias aus dem Geschlechte Davids erstehen solle. Der Erlöser erschien auch endlich, aber leider in einer anderen Gestalt, als ihn die Juden erträumten. Der als der von den Propheten verheißene Messias auftretende Jesus, der Sohn eines kleinen Handwerkers aus einem Landflecken, lehrte: Es gibt nur einen Gott, er ist ein Gott der Liebe und kein zorniges, rachedurstiges Wesen. Das Leben auf dieser Erde ist nur eine Vorbereitung für ein besseres im Jenseits nach dem Tode. Könige und Sklaven sind vor Gott gleich; er richtet sie nicht nach ihrem Ansehen und Stande, sondern nach ihren Handlungen und Absichten. Diejenigen, welche ihre Leiden hier auf Erden geduldig ertragen, werden bei Gott die ersten der Glücklichsten sein. Diese Lehre war natürlich Balsam auf die verzweifelten Herzen der Armen, wer fest und innig daran glaubte, dem gab sie Kraft, alle Leiden, selbst die herbsten, mit Freuden zu tragen und dem Tod ohne Furcht entgegen zu sehen; war doch derselbe nur eine Erlösung von diesem mühevollen Leben zu einem ewig glücklichen. So trostreich diese Verheißung auch klang, so wenig ließ sich ihre Wahrheit behaupten, denn vor der prüfenden Vernunft besteht sie ebenso wenig wie jede andere, die über den Tod hinaus reicht. Der Trost, welcher in dieser Lehre enthalten war, machte die Menschen, namentlich die ärmeren und unterdrückten Klassen, diesem Glauben geneigt, allein die Aristokratie verspottete, verfolgte und kreuzigte schließlich den Verkünder dieser Lehre; denn wären die Grundsätze, die Jesus außer seiner Lehre noch aufstellte, zur Geltung gekommen, dann hätten diese nicht nur die Herrschaft der Römer zerstört, sondern auch der ihrigen ein Ende bereitet. Der alte Glaube der Juden beruhte auf Autorität von Männern, welche als Propheten galten und mit Gott in direktem Verkehr zu stehen vorgaben, dieses Vorgeben auch mit wunderbaren Handlungen unterstützten. Wollte Jesus, der Sohn des Zimmermanns, dessen Eltern und Geschwister man kannte, Glauben an seine Autorität gewinnen, wollte er, daß man ihn als Propheten, als den verheißenen Messias anerkennen sollte, dann mußte er Wunder tun, wie sie die Propheten seit Moses getan hatten. Den Glauben, welchen Jesus erzeugen wollte, obwohl den Armen und Unterdrückten Heil verheißend, verletzte jedoch die Interessen der herrschenden Klassen; auf ihre Mithilfe konnte er demnach nicht rechnen und durch Wunder waren dieselben nicht zum Glauben zu bringen, da die Eingeweihten und Gebildetsten unter ihnen wußten, was sie von Wundern zu halten hatten. Jesus war demnach nur aufs Volk angewiesen und er verfuhr dabei auf sehr praktische Weise: Er wählte sich zu seinen Jüngern 12 schlichte und ungebildete Leute aus dem Volk, welchen er durch Beobachtung seines Handelns und Wandelns persönliche Liebe, Anhänglichkeit und unbegrenztes Vertrauen einflößte. Wenn jeder der Jünger auf diese Weise verfuhr und das System fortgesetzt wurde, dann mußte sich die Zahl der Anhänger nach einer bestimmten Progression vermehren. Die Methode, welche Jesus zur Verbreitung seiner Lehre anwandte, war jedoch nicht neu, denn 6000 Jahre vor dem Auftreten Jesu hatte sie der indische Reformator Buddha angewandt. Buddha war jedoch der Sohn eines Königs und Jesus der Sohn eines Zimmermanns. Wenn Buddha, dem Prinzen, ein tugendhaftes Leben genügte, den Brahminen gegenüber seinen revolutionären, den Kastenunterschied aufhebenden Lehren Erfolg zu sichern, so mußte Jesus, der unter den Juden lebende Handwerkersohn, Wunder tun und damit die Prophezeihung erfüllt werde, für seine Lehre sterben. Wenn Jesus auch unter den Juden und ihn ihrem Lande wohnenden Römern einiges Aufsehen erregte, so war er aber doch bald vergessen, wenn nicht nach seinem Tode ein Paulus sich ganz freiwillig zu seinem Apostel aufgeworfen und ihn zu einem neuen Gott für die griechisch-römische Heidenwelt erhoben hätte. Paulus mit seiner Gelehrsamkeit und unerschöpflichen Energie paßte zu dieser Rolle ganz besonders, doch die Gelehrsamkeit und Energie des Paulus vermochte nicht allein die ungeheure Verbreitung des Christentums zu ermöglichen, wenn nicht die Vorbedingungen vorhanden waren, und dieselben bestanden in dem allgemein verbreiteten Verfall des ganzen römischen Reiches und in der furchtbaren Demütigung und Demoralisierung des Volkes. Auch die Geschichtsschreiber der damaligen Zeit erwähnen ihn teils garnicht, teils nur beiläufig, der jüdische Philosoph Philo, obgleich älter als Jesus und diesen überlebend, spricht mit keiner Silbe von ihm, obschon sich die beste Gelegenheit dazu bei seiner ausführlichen Darstellung der Charakteristik des römischen Statthalters Pontius Pilatus bot, unter dessen Regiment Jesus gekreuzigt sein soll. Und der jüdische Geschichtsschreiber Flavius Josephus, welcher einige Jahre nach ihm geboren wurde und sein Geschichtswerk in den letzten Jahren des ersten Jahrhunderts schrieb, erwähnt nur beiläufig seine Hinrichtung. Wir sehen hieraus, daß erst in den Schriften späterer Zeiten Jesus als Stifter der christlichen Religion genannt wird und zu dem gemacht wurde, als was er der Welt heute noch verkündet wird, als vornehmster Gegenstand der Verehrung. Aber Gegenstand der Religion, der Anbetung kann nur ein göttliches Wesen sein und als solches den Stifter des Christentums zu betrachten, haben Denkende längst aufgeklärt.

(Fortsetzung folgt.)

missionssitzung überwiesen. Hierauf werden 7 Kollegen und Kolleginnen neu in den Verband aufgenommen; ausgetreten sind 4 Mitglieder. Ein Antrag, 3 säumige Mitglieder nach § 5 Abs. c des Verbandsstatuts auszuschließen, wurde vertagt, um den betreffenden nochmals Gelegenheit zu geben, ihren Pflichten nachzukommen. Hieran anknüpfend ermahnt Koll. Vogel die Anwesenden ihre Beiträge pünktlich zu bezahlen, damit derartige unliebsame Beschlüsse nicht gefaßt werden brauchen und auch den Unterkassierern ihre Arbeit erleichtert wird. Das Verhalten des Koll. Gust. Dreßler wird einer scharfen Kritik unterzogen. Koll. Walther gibt den Kartellbericht, dem zu entnehmen ist, daß das hiesige Gewerkschaftskartell aus 24 Gewerkschaften zusammengesetzt ist. Als Kartellvorsitzender wurde Adolf Schuster, als Kassierer Albert Meyer und als Schriftführer Max Vogel gewählt. In nächster Zeit soll ein Vortrag über Kranken- und Invalidenversicherung gehalten werden. Der Vorsitzende appelliert zum Schluß an alle Kollegen und Kolleginnen, sich mit mehr Interesse an den Organisationsarbeiten zu beteiligen. Er verweist auf das Ergebnis der letzten Reichstagswahlen, aus welchem nichts Gutes für das arbeitende Volk zu erwarten ist. Es gilt jetzt mehr denn je, die gewerkschaftliche und politische Organisation auszubauen und zu stärken, damit uns das Unternehmertum und seine Helfershelfer nicht zum willenlosen Spielzeug ihrer Interessen machen können. M. V.

Nürnberg. Die am 28. Januar abgehaltene Generalversammlung hatte sich eines nur mäßigen Besuches zu erfreuen. Im Geschäftsbericht betonte der Vorsitzende Dagner die Schwierigkeiten in der Agitation, speziell nach der Aussperrung im Steindruckgewerbe. Es scheint als ob auch unsere Mitglieder, angesteckt durch böse Beispiele, allen Mut verloren hätten; es lasse sich jedoch konstatieren, daß die Löhne gegen das Vorjahr gestiegen sind, wenn auch nur im bescheidenen Maße. Aber was die Hilfsarbeiter durch ihre jahrelange Letargie versäumt haben, das läßt sich nun nicht innerhalb weniger Monate gutmachen. Auch bemängelte Dagner die Gleichgültigkeit der Vertrauenspersonen. Er ersuchte, bei den stattfindenden Geschäftsversammlungen nur Leute zu wählen, die sich auch des in sie gesetzte Vertrauen würdig zeigen. An Stelle des erkrankten Kollegen Nimke gibt Koll. Reckling den Kassenbericht vom 4. Quartal und den Jahresbericht. Die Mitgliederzahl beträgt 85 männliche und 215 weibliche, zusammen 300 Mitglieder. Koll. Reckling erklärt, wenn die Aussperrung nicht gekommen wäre, hätte die Zahlstelle sich besser entwickeln können und forderte die Mitglieder zum fleißigen Mitarbeiten auf. Bei der Neuwahl wurde als 1. Vorsitzender Koll. Dagner, als 2. Vorsitzender Koll. Nimke, zum Kassierer der Nachweisführer Koll. Reckling, und als Schriftführerin Kollegin Neumayer wiedergewählt. Als Revisoren wurde die Kollegin Schäffner und Kollege Riegelbauer, als Beisitzer Koll. Drillinger und Kollegin Schmidt gewählt. Beschlossen wurde, allen Hauskassierern ab 1. Januar pro verkaufte Marke, statt wie bisher 2 Pf., 2½ Pf. zu gewähren. Ferner den Verwaltungsmitgliedern und Kartelldelegierten für jede Sitzung 50 Pf. zu bezahlen. Reckling erteilt auf Anfrage des Kollegen Heiring, daß selbstverständlich auch die Ausgeher, sowie Papier- und Lagerarbeiter in unserer Organisation aufgenommen werden. Nach einigen Neuaufnahmen erfolgte Schluß der Versammlung. A. N.

Rundschau.

Die Gewerkschaften im neuen Reichstag. Der Ausfall der Reichstagswahlen hat nicht bloß die Stärke der verschiedenen Fraktionen stark verschoben, sondern auch die Gruppen der Gewerkschaftler, die als Abgeordnete gewählt wurden. Im früheren Reichstage zählte die Sozialdemokratie 19, die freisinnige Volkspartei 1 (Goldschmidt) und die Zentrumspartei ebenfalls einen Gewerkschaftsführer (Giesberts) zu ihrer Fraktion.

Im neuen Reichstag gehören der sozialdemokratischen Fraktion 12 Gewerkschaftler an. Es sind dies die Abgeordneten: Bömelburg, Brey, Geyer, Hildenbrandt, Hoch, Horn, Hue, Legien, Noske, Sachse, R. Schmidt und Severing.

Von den drei freisinnigen Kandidaten, die die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine als „Gewerkvereinler" bezeichneten, ist kein einziger gewählt worden; im Gegenteil hat der einzige Gewerkvereinler im alten Reichstag sein Mandat eingebüßt.

Dagegen werden von den christlichen Gewerkschaften sieben ihrer Führer in den Reichstag einziehen. Das christliche Centralblatt bezeichnet als Vertreter der christlich-nationalen Arbeiterbewegung die Abgeordneten: Becker, Behrens, Giesberts, Hammecher, Schack, Schiffer und Schirmer. Das „Reich" fügt noch den in Hamm-Soest gewählten Abgeordneten Wiedeberg hinzu. Ob dieser mit dem Vorsitzenden des christlichen Bauhandwerkerverbandes identisch ist, entzieht sich unserer Kenntnis. Dagegen haben die Zentrumsgewerkschaften eine wertvolle Stütze in dem neugewählten Abgeordneten Dr. Pieper gewonnen, einen energischen Förderer ihrer Sache. Von den genannten 8 Abgeordneten (außer Wiedeberg) gehören 6 der Zentrumspartei und 2 der wirtschaftlichen Vereinigung an.

Endlich hat auch die katholische Fachabteilungsbewegung eine ihrer Vertreter in den Reichstag bekommen, den katholischen Generalsekretär Dr. Fleischer. Danach sind im neuen Reichstag nahezu alle gewerkschaftlichen Gegensätze vertreten (bis auf das Harmoniedogma der Gewerkvereinler) und es wird daher wohl an Kämpfen auf der parlamentarischen Tribüne nicht fehlen. Die Beratung des Antigewerkschaftsgesetzes wird die gewerkschaftlichen Grundsätze der christlichen und katholischen Gewerkschaftsabgeordneten auf eine ernste Probe stellen.

Schamlose Ausbeuterpraktiken kamen vor dem Gewerbegericht Halle a. S., wie der „Corr." berichtet, ans Tageslicht. Die Hallesche Papierwarenfabrik von Jovishoff verklagte zwei 19-jährige Arbeiterinnen wegen Kontraktbruch. Bei der Verhandlung hierüber stellte der Gewerbegerichtsvorsitzende fest, daß die beiden Mädchen in der Neujahrswoche — von früh 7 bis abends 7 Uhr — Wochenakkordlöhne von **2,01 Mk.** und **3,85 Mk.** verdient haben. Dies erschien selbst dem Gericht, welches gewiß viel in dieser Beziehung wird vertragen können, als etwas zu starker Tabak, denn es beschloß, den Unternehmer selbst zu laden, um mit ihm zu besprechen, ob er sich nach § 124 der Gewerbeordnung nicht einer widerrechtlichen Uebervorteilung der Arbeiterinnen schuldig gemacht hat und dieselben mit Recht die Arbeit verlassen haben. Es gehört eine Schamlosigkeit ohnegleichen dazu, noch gerichtliche Hilfe gegen Arbeiterinnen in Anspruch zu nehmen, welche sich dagegen wehren, in solch unmenschlicher Weise ausgebeutet zu werden. Hoffentlich trägt auch dieser krasse Fall dazu bei, der Ueberzeugung unter den Arbeiterinnen Bahn zu brechen, daß nur die gewerkschaftliche Organisation sie vor solcher Blutsaugerei schützen kann.

Streikbrecher — kein Fachausdruck? Das Oberlandesgericht Leipzig hatte in der Revisionsinstanz gegen zwei wegen Beleidigung verklagte Streikposten zu entscheiden, ob der Zuruf „Streikbrecher" eine Beleidigung sei. Die Angeklagten hatten in der Revision geltend gemacht, der Tatbestand genüge nicht zu einer Verurteilung auf Grund des § 185 des Strafgesetzbuches wegen Beleidigung, denn das Wort „Streikbrecher" sei ein technischer Ausdruck der Arbeiterschaft bei Lohnkämpfen und bedeute nur das Gegenteil von „Streikender". Es fehle also bei Verwendung des Wortes entschieden das Bewußtsein der subjektiven Beleidigung. Das Oberlandesgericht verwarf jedoch die Revision kostenpflichtig und erklärte: Das subjektive Erfordernis der Beleidigung sei klar festgestellt, indem der Ausdruck mit beleidigender Absicht angewendet worden ist. Auch in objektiver Beziehung gehe die Revision von falschen Anschauungen aus. Streikbrecher sei kein technischer Ausdruck; man verstehe darunter nicht nur einen Nichtstreikenden im reinen Gegensatz zu den Streikenden, sondern eine Person, die in **treuloser, unkameradschaftlicher Gesinnung** den Bestrebungen der Streikenden entgegenarbeitet. — Mit dieser Charakterisierung hat das Oberlandesgericht die „Streikbrecher" — und man braucht diesen Ausdruck technisch nur für ganz bestimmte Arbeiterindividuen — in der öffentlichen Meinung mehr herabgesetzt, als es einem Streikposten erlaubt sein würde. (Soziale Praxis.)

Berichtigung. Zu der in Nr. 1 der „Solid." gebrachten Notiz „Ins eigene Fleisch geschnitten" können wir mitteilen, daß die Entlassungen nicht in der angeführten Weise eingetreten sind, als mitgeteilt wurde. Des weiteren hat die Betriebsleitung des „Aristophot"-Taucha uns zugesichert, den abgeschlossenen Tarif auch für das Hilfspersonal einzuführen. Schulze-Leipzig.

Literatur.

„Blut und Eisen." Ueber Militarismus, Krieg und Kriegertum und dessen verderblichen Einfluß auf das Kulturleben der Völker in alter und neuer Zeit belehrt uns das von der Buchhandlung Vorwärts unter obigem Titel herausgegebene Werk.

In jeder Woche erscheint eine reich illustrierte Lieferung zum Preise von 20 Pf., die durch jede Buchhandlung bezogen werden kann und von allen Kolporteuren geliefert wird.

Eduard Bernstein, **Die Grundbedingungen des Wirtschaftslebens.** Wirtschaftswesen und Wirtschaftswerden II. Ein Vortrag, gehalten vor Berliner Arbeitern. Preis 50 Pf. Agitationsausgabe 20 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Sozialdemokratische Philosophie. Eine Artikelserie von Josef Dietzgen. Mit einem Vorwort von Eugen Dietzgen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 75 Pf., Agitationsausgabe 30 Pf.

Frauenleiden und deren Verhütung. Nebst einem Anhang: **Die Verhütung der Schwangerschaft.** Von Dr. J. Zadek. Verlag: Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69. Preis 20 Pf. — Der Verfasser gibt in dem Heft den Vortrag wieder, welchen er in der Berliner Zentralkommission der Krankenkassen, sowie in Arbeiterinnenvereinen gehalten hat, erweitert und illustriert durch 6 Abbildungen über Lage und Zusammensetzung der weiblichen Geschlechtsorgane. Die normale Entwicklung, Geschlechtsreife und Wechsel, Befruchtung und Schwangerschaft finden in der knappen und lebendigen Schilderung ebenso ihre Erörterung, wie die abnorme Lage des Kindes, Erkrankungen und Lageveränderungen der Gebärmutter und ihrer Anhänge, insbesondere Wochenbetts- und Tripperinfektion, Krebserkrankung, Fehlgeburten, Unfruchtbarkeit, immer unter Hinweis auf Entstehung und Verhütung dieser krankhaften Zustände, deren Verständnis die lehrreichen Abbildungen im Text erleichtern, ja erst ermöglichen.

Briefkasten.

Nürnberg. 20 Pf. Strafporto. — Der Kassenbericht mußte wegen zu geringer Verständlichkeit gestrichen werden.

An mehrere Einsender: Artikel über die Reichstagswahl können nicht aufgenommen werden.

Straßburg. Trotzdem es dreimal an der Spitze des Blattes gestanden hat, weiß die Zahlstelle St. noch immer nicht, wohin sie ihre Berichte schicken soll.

Anzeigen.

Berlin II. Jener Besucher unseres Maskenballes, welcher den Verlust eines Portemonnaies anmeldete, wird aufgefordert, sich im Bureau, Alte Jakobstraße 5, in der Zeit von 8—11 und 3—6 Uhr zu melden.

Nachruf.

Am 3. Februar 1907 starb nach schwerem Leiden unser Kollege

Franz Talgenberg

im Alter von 39 Jahren an der Proletarierkrankheit.

Er gehörte der Zahlstelle seit ihrer Gründung an und war stets ein eifrig tätiges Mitglied.

Ehre seinem Andenken!

Die Ortsverwaltung Halle a. S.

Sozialistische Wochenschrift

Herausgeber:
Dr. Heinrich Braun u. Lily Braun.

Mitarbeiter: Hervorragende sozialdemokratische Schriftsteller Deutschlands und des Auslandes, Künstler und Gelehrte.

Pro Quartal . Mk. 1,20.
Einzelnummer Mk. 0,10.

Abonnements durch alle Buchhandlungen, Kolporteure, Zeitungsspeditionen und Postanstalten.

Probe-Nummern frei vom Verlag, Berlin W. 15.

Verantwortlich für Redaktion: E. Pucher, Berlin S. 59, Wißmannstr. 20, H. III. — Verlag: H. Lodahl, Berlin, Weidenweg 58.
Druck: Georg Eichler, Berlin SO., Schmidstr. 24-25. Telephon Amt 4, 4045.